

CZESŁAW MADAJCZYK

## ALLGEMEINE RICHTLINIEN DER DEUTSCHEN BESATZUNGSPOLITIK IN POLEN

Am Vorabend des deutschen Angriffs auf Polen fasste Hitler die künftige Besatzungspolitik in einigen Richtlinien zusammen. Dabei ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass Polen das erste Land war, das durch einen kriegesischen Angriff besetzt wurde. Die bislang erfolgten Annexionen, wie der Anschluss Österreichs, die Besetzung des Sudetenlandes, die Gründung des Protektorats Böhmen und Mähren oder die Abtretung des Memellandes durch Litauen, wurden zwar mit Hilfe unterschiedlicher Erpressungsmanöver und militärischer Drohungen erzwungen, doch offene militärische Kampfhandlungen fanden dort nicht statt.

In den Jahren 1934 bis 1938 normalisierten sich die deutsch-polnischen Beziehungen unerwartet: Die revisionistische Propaganda, die in der Weimarer Republik bestimmend war, verstummte; man versuchte, sich auf dem Gebiet der Kultur anzunähern. Nach dem Münchener Abkommen und nach der Besetzung der Sudetengebiete durch das Dritte Reich und des Olsa-Gebiets durch Polen erhoben die Deutschen aber auch gegenüber dem östlichen Nachbarland Territorialansprüche. Die polnische Regierung weigerte sich jedoch, Polen zum deutschen Satellitenstaat zu machen, und wies die Ansprüche zurück. Daraufhin drohte Deutschland innerhalb kürzester Zeit mit Krieg, griff antipolnische Vorurteile wieder auf und verbreitete, dass die polnische Nation hinterlistig sei und die deutsche Minderheit verfolge.<sup>1</sup> Seine Irritation über die Unnachgiebigkeit der Polen drückte Hitler während der Rede vor den Heeresgruppen- und Armeeführern am 22. August 1939 in seiner Villa auf dem Obersalzberg aus:

„Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. Auch wenn im Westen Krieg ausbricht, bleibt Vernichtung Polens im Vordergrund... Herz verschlie-

---

<sup>1</sup> Der polnische Historiker STANISŁAW ŻERKO, *Stosunki polsko-niemieckie 1938–1939*, Poznań 1988, hat als Erster den Blick der Historiker für die Vorgänge am Vorabend des Krieges geschärft.

Ben gegen Mitleid. Brutales Vorgehen ... Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“<sup>2</sup>

Stellt sich die Frage, ob die wilhelminische Generation der deutschen Generäle die volle Tragweite dieses an sie und an die SS gerichteten Befehls verstand und wie sie reagierte. Eine visuelle Antwort darauf versuchte kürzlich eine Wanderausstellung zu geben, die vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej*) unter dem Titel „Größte Härte ...‘ Verbrechen der Wehrmacht in Polen. September/Oktober 1939“<sup>3</sup> organisiert wurde. Schwerpunkt der Ausstellung waren die Verbrechen der Wehrmacht während des Septemberfeldzugs. Gezeigt wurde unter anderem historisches Material über Bombardierungen nichtmilitärischer Ziele, Brandstiftungen ganzer Dörfer beim geringsten Verdacht auf Widerstand und willkürliche Exekutionen von Zivilisten.

Die Wehrmacht sollte Polen in einem Blitzkrieg erobern. Sie hatte die Oberherrschaft über die besetzten polnischen Gebiete inne und trug dort die volle Verantwortung für verbrecherische Aktionen aller Formationen und Institutionen des Dritten Reiches. Dies war der Beginn eines Vernichtungskrieges, in dem die SS, die Polizei und der volksdeutsche „Selbstschutz“ eine wesentliche Rolle spielten. Diese Gruppen sollten in Polen den Boden dafür bereiten, den Feind, den man auf dem Schlachtfeld besiegt hatte, jetzt auch als Nation zu besiegen. Diese Nation sollte sich nie mehr dem Willen Berlins entgegenstellen können. Daher wurden bereits in den ersten Wochen des Kriegs zahlreiche Verbrechen verübt und mehrere Tausend Polen ermordet.

Während der Kriegsvorbereitungen vereinbarten Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, und das Oberkommando des Heeres (OKH), dass jeder der fünf Armeen, die sich auf den Einmarsch in Polen vorbereiteten, eine Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD zugewiesen werde. Zusätzlich wurden schon während des Septemberfeldzugs zwei weitere derartige Sondereinheiten aufgestellt. Die Einsatzgruppen (EG) und die Polizeiführer bekamen direkt aus dem Führerhauptquar-

---

<sup>2</sup> WOLFGANG JACOBMEYER, Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges, in: September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen, hg. v. CHRISTOPH KLESSMANN, Göttingen 1989, S. 16; vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie D (1937–1945), Bd. 5, Baden-Baden 1956, S. 172.

<sup>3</sup> Vgl. JOCHEN BÖHLER, Die Wehrmacht in Polen 1939 und Anfänge des Vernichtungskrieges, in: „Grösste Härte...“. Verbrechen der Wehrmacht in Polen September/ Oktober 1939. Ausstellungskatalog, hg. v. Deutschen Historischen Institut Warschau, Red.: JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2005, S. 15-25 (Anm. d. Hg.).

tier den Befehl, mutmaßliche polnische Partisanen unverzüglich und ohne Gerichtsverfahren zu erschießen. Dies nahm solche Ausmaße an, dass die Armeeführung befürchtete, die Welt werde ihnen die Verantwortung für diese Verbrechen anlasten. Daher beschwerte sie sich bei Hitler. Die Proteste von einigen Armeebefehlshabern führten schließlich dazu, dass der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, am 20. September 1939 zu Hitler zitiert wurde, wo er gegen die Zusage, er werde künftig über alle Befehle an Heinrich Himmler und Heydrich informiert, versprach, die Vorgehensweise der EG nicht zu behindern. Zwei Tage später vereinbarte Heydrich mit Brauchitsch, die Befehle zur „Erschießung der Insurgenten“ und „Freischärler [...] ohne Standgericht“ zurückzuziehen. Gleichzeitig ermächtigte Brauchitsch die Einsatzgruppen, das Netz der Standgerichte auszubauen und schärfste Repressionen gegenüber „Freischärlern“ auszuüben.<sup>4</sup> Damit nahm letztendlich auch das Militär am Vernichtungskrieg gegen Polen teil.

Die Aufgaben der Sicherheitspolizei und der SS wurden nun umdefiniert. Anstatt den Widerstand im Allgemeinen zu bekämpfen, bekamen sie den Auftrag, im rückwärtigen Heeresgebiet den polnischen Widerstand im Keim zu ersticken. Konkret bedeutete dies: Dezimierung der polnischen Eliten und Deportation der Juden in Arbeitslager. Derart gingen die Einsatzgruppen hauptsächlich in den westlichen Gebieten Polens vor, die das Dritte Reich annektieren wollte. In den anderen Teilen des Landes waren Verbrechen der SS-Einheiten und der Polizei seltener. Der Krieg dauerte nicht lange genug, um Hitlers Befehle vollständig realisieren zu können. Letztlich forderten die 764 Exekutionen, die bis zum 26. Oktober 1939, also bis zum Ende der Militärverwaltung, durchgeführt wurden, etwa 20.000 Opfer; 31 Exekutionen führte die Wehrmacht aus. Trotzdem beschwerten sich die SS und die Zivilverwalter bei Hitler über das fehlende Verständnis der Wehrmachtsführung für diese Art von Besatzungspolitik und insbesondere über den zu freundlichen Umgang mit der jüdischen Bevölkerung. Die Wehrmachtsführung, beunruhigt über Hitlers Direktiven,

---

<sup>4</sup> Vgl. Notiz über Unterredung zw. OBdH und CdS v. 22.9.1939, in: BA-MA, N 104/3; ObdH-Befehl v. 21.9.1939: Tätigkeit und Aufgaben der Polizei-Einsatzgruppen im Operationsgebiet, in: BA-MA, RH 20-14/178; Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Waffenbesitz v. 21.9.1939, abgedr. in: Einsatzgruppen in Polen. Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und andere Formationen in der Zeit vom 1. September 1939 bis Frühjahr 1940, hg. v. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, Ludwigsburg 1962, Bd. I, S. 207 f.; DOROTHEE WEITBRECHT, Ermächtigung zur Vernichtung. Die Einsatzgruppen in Polen im Herbst 1939, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 62 ff; vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008, S. 54–69 (Anm. d. Hg.).

übergab dann gerne die Verantwortung für das Schicksal der polnischen Gebiete in zivile Hände. Damit war die Militärverwaltung in Polen schnell beendet. Hitler erließ am 8. Oktober 1939 ein Dekret, mit welchem er Großpolen, Pommerellen<sup>5</sup>, Oberschlesien und den Bezirk Zichenau zum 1. November dem Reich einverleibte. Insgesamt lebten in diesen Gebieten zehn Millionen Menschen, von denen nach polnischen Angaben 600.000, nach deutschen Angaben 900.000, der deutschen Minderheit angehörten. Das war ein erster Schritt auf dem Weg, diese Landesteile vollständig in das Reich zu integrieren.

Aus den verbliebenen polnischen Gebieten wurde das Generalgouvernement (GG) gebildet, das beinahe zwölf Millionen Einwohner umfasste. Zu Beginn gab man dem GG noch den Zusatz „für die besetzten polnischen Gebiete“. Diese Bezeichnung erlaubte Berlin, den Schein zu wahren es wäre bereit, in irgendeiner Form im GG eine polnisch geführte Regierung zu erlauben. Doch als die Briten und die Franzosen am 12. November 1939 verkündeten, es werde keinen Waffenstillstand geben, hatten die Deutschen kein Interesse mehr an einer politischen Zusammenarbeit mit den Polen. Der Zusatz wurde wenige Monate danach abgeschafft.

Ein bedrohlicher Vorgeschmack auf das, was die Bevölkerung von der künftigen Besatzungspolitik zu erwarten hatte, war die „Sonderaktion Krakau“. Die Aktion richtete sich gegen die Krakauer Professoren, als diese gerade das neue akademische Jahr eröffnen wollten. Sie wurden inhaftiert und in die Konzentrationslager im Reich deportiert. Einige von ihnen, vor allem bedeutende Wissenschaftler, die bereits im fortgeschrittenen Alter waren, überlebten die Gefangenschaft nicht. Nach wenigen Monaten erkannte Berlin, dass diese Aktion ein Fehlschlag war und nur die Welt der Wissenschaft gegen die Nationalsozialisten aufgebracht hatte. Sogar deutsche und italienische Professoren intervenierten immer öfter, um einzelne Kollegen aus der Haft zu holen.<sup>6</sup>

Die so genannten eingegliederten Ostgebiete sollten zum „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“ werden. Die Verwalter der neu geschaffenen Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland waren in ihrer administrativen Verantwortung Hitler direkt unterstellt. Der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, Himmler, übernahm die Leitung des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) und überwachte seinerseits die „Germanisierungs“-Politik im Reich und damit auch

---

<sup>5</sup> Die „Freistadt Danzig“ (Gdańsk) gliederte man bereits am 1. September 1939 in das Dritte Reich ein.

<sup>6</sup> JAN ZBOROWSKI/ STANISŁAW POZNAŃSKI, Sonderaktion Krakau, Warszawa 1965; „Sonderaktion Krakau“. Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, hg. v. JOCHEN AUGUST, Hamburg 1997 (Anm. d. Hg.).

in den eingegliederten Gebieten. Himmler initiierte eine breit angelegte Umsiedlungsaktion von „Volksdeutschen“ aus den baltischen Staaten, aus der Sowjetunion und aus Rumänien. Polen sollten aus den annektierten Gebieten ins GG ausgesiedelt und durch „Deutschstämmige“ ersetzt werden. Diejenigen „Volksdeutschen“, die man als ideologisch unsicher einstufte, brachte man vorübergehend in spezielle Lager, wo sie indoktriniert werden sollten. In die annektierten Gebiete siedelten auch Hunderttausende Deutsche aus dem Reich um. Etwa 1.150.000 Polen wurden ins GG verschleppt oder von ihren Gehöften vertrieben. Sie alle verloren dabei fast ihr gesamtes Hab und Gut.

Zugleich beauftragte Hitler Hans Frank mit der Ausführung des „Teufelswerks“ im GG.<sup>7</sup> Frank sollte die von Hitler und Heydrich festgelegten Richtlinien, wie mit Polen und Juden während der Besatzung umzugehen sei, umsetzen: Sie sollten als „Untermenschen“ behandelt und unverzüglich aus den eingegliederten Gebieten ins GG umgesiedelt werden. Die Juden wollte man in Arbeitslagern im „Lubliner Reservat“ zusammenfassen oder in Ghettos isolieren. Frank sollte außerdem genügend Arbeitskräfte für das Reich zur Verfügung stellen – wenn nötig mit Zwangsmaßnahmen.

Das Programm, wie die Polen im GG nun zu behandeln seien, stellte Hitler vereinfacht bei einer Versammlung am 2. Oktober 1940 vor. In Anwesenheit von Frank, Martin Bormann aus der Kanzlei der NSDAP und Erich Koch, dem Gauleiter von Ostpreußen und Reichskommissar der Ukraine, erinnerte er an die alten Richtlinien, nach denen Polen keine Qualifikationen erwerben durften und minderwertige Arbeiten zu verrichten hatten. Sie seien zur „Schwarzarbeit“ geboren und ihr Lebensstandard müsse niedrig gehalten werden. Hitler sprach sich gegen eine „Rassenvermischung“ von Deutschen und Polen aus, und er bestimmte das GG zur vorläufigen polnischen „Heimstätte“, einem polnischen „Arbeitskräftereservoir“. Es gibt keinen Grund, dieses Programm kolonialer Ausbeutung als einen Plan zur dauerhaften Beherrschung von diesem Teil Polens zu betrachten – sieht man von der Ideologie ab, die Hitler immer propagierte –, dafür war es zu primitiv. Es war viel mehr ein Übergangsplan zur Gründung eines polnischen Reservats, der nach dem Einmarsch in die Sowjetunion an Aktualität verlor. In meinen Forschungen habe ich den tatsächlichen Status des Generalgouvernements als einen Prototyp national-sozialistischer Kolonialbesatzung charakterisiert.

---

<sup>7</sup> Aufzeichnungen v. 17.10.1939, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Urkunden und anderes Beweismaterial (=IMG), Nürnberg 1947, Bd. 26, S. 378 (Anm. d. Hg.).

Kurz vor der Westoffensive im Frühjahr 1940 leitete Generalgouverneur Frank zusammen mit der Sicherheitspolizei die „Außerordentliche Befriedungsaktion“ (AB-Aktion) ein, bei der viele Angehörige der polnischen Intelligenz gefasst und erschossen wurden. Man hielt sie für tatsächliche oder potentielle Urheber von Widerstandsaktionen. Die Deutschen ermordeten während der AB-Aktion etwa 3.500 politische Aktivisten aus der Vorkriegszeit und Personen, die sich für den Widerstand engagiert hatten, sowie 3.000 Personen, die als Kriminelle eingestuft wurden.<sup>8</sup>

Der Beginn der Westoffensive unterbrach die Streitigkeiten zwischen Himmler und der Wehrmachtsführung über die Verantwortung für die angeblich eigenmächtigen Handlungen der SS und der Polizei während des Feldzugs in Polen. Am 7. März 1941 sprach Hitler mit Frank über die Konsequenzen eines bevorstehenden, siegreichen Kriegs gegen die Sowjetunion. Das Generalgouvernement als Zweckgründung sei am Ende, hieß es. Zusammen mit den Juden sollten die Polen dieses Gebiet verlassen.

„Der Führer ist entschlossen, aus diesem Gebiet im Laufe von 15 bis 20 Jahren ein rein deutsches Land zu machen. Das Wort von der Heimatstätte des polnischen Volkes wird auf dieses Gebietes des bisherigen Generalgouvernements und einige Erstreckungen<sup>9</sup> nun nicht mehr anwendbar sein. [...] Ausserdem ist klar entschieden, dass das Generalgouvernement in Zukunft ein deutscher Lebensbereich sein wird. Wo heute 12 Millionen Polen wohnen, sollen einmal 4 bis 5 Millionen Deutsche wohnen. Das Generalgouvernement muss ein so deutsches Land werden wie das Rheinland.“<sup>10</sup>

Doch um den Krieg zu gewinnen und die Bedürfnisse des Reiches erfüllen zu können, war für Deutschland jeder arbeitende Pole nötig. Der Abschluss des „Teufelwerks“, also die vollständige Ausbeutung und Zerstörung dieses ethnisch polnischen Gebietes, schien für Frank nah zu sein. Als Hitler aber nach den großen Siegen an der Westfront die Vorbereitungen zum Blitzkrieg gegen die Sowjetunion anordnete, wurde das GG *volens volens* immer mehr zu einem Übungsplatz, auf dem Ruhe einkehren sollte. Dies erschwerte, behinderte sogar für einige Zeit die Realisierung des „Teufelwerks“. Insbesondere störte die massive Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den eingegliederten Gebieten, so dass Frank letzten Endes die Aufnahme weiterer Transporte mit Ausgesiedelten verweigerte.

---

<sup>8</sup> Vgl. Polizeisitzung v. 30.5.1940, in: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneur in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 215 (Anm. d. Hg.).

<sup>9</sup> Frank bemühte sich um den Anschluss von Ostgalizien an das GG.

<sup>10</sup> Protokoll der Besprechung v. 25.3.1941, in: Hans Franks Diensttagebuch, 1941, T. 1, Bl. 149, AIPN.

Eine neue, allgemeine Richtlinie der deutschen Besatzungspolitik in Polen wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion herausgegeben. Sie wurde in Abhängigkeit von der Lage an der Ostfront realisiert. Zu Zielen erklärte man einerseits die Sicherung jeden Tropfen deutschen Blutes, andererseits die Zerschlagung der nationalen Einheit der Polen. Die Polen, die entsprechende „Rassenmerkmale“ aufwiesen, sollten vom „Untermenschen“-Status und den damit verbundenen Diskriminierungen ausgenommen und nach ihrer Anerkennung als Deutsche für die Interessen des Reiches eingesetzt werden. Dafür wurde eine Segregation nach der Deutschen Volksliste (DVL) in den eingegliederten Gebieten durchgeführt, die Suche nach „Volksdeutschen“ oder „Deutschstämmigen“ im GG betrieben sowie der Versuch unternommen, die „Goralen“ als „Goralenvolk“ auszugliedern.

Entsprechende Vorschriften über die DVL wurden im März 1941 erlassen, als Deutschland noch einen schnellen Feldzug im Osten erwartete. Die Entscheidung über die Art und Weise, wie dieses Vorhaben zu realisieren sei, lag bei den Gauleitern. Die DVL gewann an Bedeutung, als die Deutschen an allen Fronten hohe Verluste hinnehmen mussten. In Pommerellen drohte man denjenigen Polen, die sich weigern würden, sich in die Liste eintragen zu lassen, mit rücksichtsloser Behandlung als „Untermenschen“. Hin und wieder mussten Widerspenstige Repressionen seitens der Gestapo hinnehmen.

Mit Hilfe der Deutschen Volksliste wurde der betroffene Teil der Bevölkerung in vier Kategorien eingeteilt:

- Kategorie 1: Personen, die sich bereits vor dem Krieg aktiv für das Deutschtum eingesetzt hatten;
- Kategorie 2: Personen, die sich politisch zwar passiv verhielten, sich aber ihres Deutschtums bewusst waren;
- Kategorie 3: Deutschstämmige, die man als „polonisiert“ betrachtete, bei denen jedoch Hoffnung auf erfolgreiche „Germanisierung“ bestand;
- Kategorie 4: Deutschstämmige, die vollständig „polonisiert“ waren.

Insgesamt umfasste die DVL etwa 2,8 Millionen Einwohner der eingegliederten Gebiete. Personen in den Kategorien 1 und 2 erhielten am 26. Oktober 1939 uneingeschränkt die deutsche Staatsangehörigkeit. Angehörige der Kategorie 3 bekamen die Staatsangehörigkeit mit dem Zusatz, dass sie jederzeit widerrufen werden könne. Die Personen in der Kategorie 4 hingegen, die als Abtrünnige galten, behandelte man als „Reichsschutzangehörige“. Sie sollten ins Reich übersiedelt und dort einer Indoktrination unterstellt oder exterminiert werden. Personen aus den Kategorien 1-3 waren wehrpflichtig.

Die Schlesier hatten bereits zu Beginn der Besatzung auf Initiative des Kattowitzer Bischofs Stanislaw Adamski zu über 90 Prozent angegeben,



Deutsche zu sein. Dies sollte sie vor Repressionen oder Aussiedlungen bewahren. Eine genauso hohe Anzahl der schlesischen Bevölkerung trug sich später in die Deutsche Volksliste ein. In Pommerellen setzten die Behörden im Vorfeld der Erstellung der DVL Terror ein und legten danach die „Rassenkriterien“ sehr liberal aus. Nur der Gauleiter des Warthelandes, Arthur Greiser, versuchte, seinen Verwaltungsbereich vorbildlich zu gestalten und sah die Aussiedlung aller Polen vor. In dieser Region wurde ihnen am schmerzlichsten deutlich gemacht, dass sie als „Untermenschen“ galten. Deshalb widersetzte sich Greiser breit angelegten Einschreibungen in die DVL und wandte die Auswahlkriterien am strengsten an. Letztlich versuchte auch er, die nationale Einheit der Polen zu zerschlagen, indem er im Jahr 1943 eine privilegierte Gruppe von „Leistungspolen“ schuf.

Nach meiner Schätzung rekrutierte die Wehrmacht mit Hilfe der DVL bis zu 200.000 Soldaten aus den eingegliederten polnischen Gebieten. Weniger relevant war dort die Suche nach Polen mit deutlich nordischen Zügen und ihr Abtransport in das Reichsinnere, um sie in rein deutscher Umgebung zu „germanisieren“. Zu diesem Zweck wurde für Kinder – auch aus dem GG – ein Lager in Litzmannstadt eingerichtet.

Im GG setzte man die DVL nicht ein. Es waren dort allerdings 60.000 bis 100.000 Personen als „Volksdeutsche“ registriert. Eine andere Gruppe im GG bildeten die „Deutschstämmigen“, zu denen sich knapp 50.000 Personen bekannten. Anfang 1942 wurde das „Goralenvolk“ künstlich geschaffen. 30.000 Bewohner des Tatra-Gebirges gaben an, diesem „Volk“ anzugehören. Diese Initiative brachte für die Deutschen jedoch nicht den erwarteten Nutzen. Der polnische Historiker Leszek Olejnik meint, die Idee eines „Goralenvolkes“ habe zu Abspaltungstendenzen in der Vorkarpatenregion (Podhale) geführt, die in Nachkriegsabrechnungen kulminierten.<sup>11</sup> Auch andere Minderheiten wurden privilegiert behandelt. Insbesondere versuchte man, die Polen und die Ukrainer gegeneinander auszuspielen. Dabei bedienten sich die NS-Behörden der Vorurteile, die bereits in der Zwischenkriegszeit angewachsen waren.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1941 plante Berlin die Vernichtung der europäischen Juden. Zeitgleich begann man auf Anweisung Himmlers, den Generalplan Ost (GPO)<sup>12</sup>, den späteren Generalsiedlungsplan, auszuarbeiten. Dieser bezog sich auf das GG und die weiteren Gebiete östlich davon, wo nach internen Schätzungen insgesamt mindestens 30 Millionen

---

<sup>11</sup> Vgl. LESZEK OLEJNIK, *Polityka narodowościowa Polski w latach 1944–1960*, Łódź 2003, S. 146.

<sup>12</sup> Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, München 1994, S. 576. Diese Urkundensammlung wurde in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission zu Berlin vorbereitet.



Slawen lebten. Das Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums wollte den GPO Hitler zur Befürwortung vorlegen. Der Plan wurde noch im Februar 1943 im Reichssicherheitshauptamt besprochen, seine Umsetzung jedoch durch die Niederlage in Stalingrad verhindert.

Parallel zur Politik der Zersetzung der nationalen Einheit der Polen betrieben Deutsche in Hitlers Europa die systematische Ermordung der Juden. In den okkupierten polnischen Gebieten errichteten sie in Sobibor, Belzec, Treblinka, Kulmhof und Auschwitz-Birkenau Vernichtungslager, in denen sie damit begannen, die jüdische Bevölkerung zu ermorden. Neben den Juden wurden dort auch Sinti und Roma getötet. Dies geschah im Rahmen der „ethnischen Säuberungen“, die nach den von Heydrich ausgearbeiteten Plänen und aufgrund seiner Initiative während der Wannseekonferenz beschlossen wurden. Auch Reichsstatthalter Greiser, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 die Beseitigung der Juden aus Litzmannstadt und Umgebung verlangt hatte, trug zu ihrer frühen Vernichtung bei, indem er die Errichtung eines Vernichtungslagers in Kulmhof befürwortete. Die meisten der europäischen Juden, die ermordet wurden, kamen aus Polen: Mindestens 2,8 Millionen polnische Juden wurden getötet. Bis dahin drängte man sie in Ghettos zusammen und isolierte sie so von der polnischen Bevölkerung.

Im Jahr 1942 planten Himmlers Aussiedlungsspezialisten versuchsweise größere Deportationen. Anvisiert waren Vertreibungen im Kreis Zamosc, in den südlichen Teilen Litauens und im Umland von Winnica in der Ukraine. Man wollte auf diese Weise herausfinden, wie die vertriebenen Bauern auf die Umsetzung des GPO reagieren würden. Große Umsiedlungsaktionen fanden letztlich nur im Kreis Zamosc statt. Die Vertreibungen – geplant war die Aussiedlung von 110.000 Einwohnern, vor allem von polnischen Bauern – begannen Ende November 1942. Sie wurden im Januar 1943 aufgrund der Misserfolge im Krieg an der Ostfront gestoppt. Der GPO, der noch im Februar 1943 während einer Konferenz im Reichssicherheitshauptamt großes Interesse hervorgerufen hatte, wurde nach der Niederlage bei Stalingrad endgültig aufgegeben, als man alle weiteren Planungen für außermilitärische Zwecke stoppte.

Bisher gab es kaum Resonanz auf meine These, dass es Parallelitäten zwischen der „Endlösung der Judenfrage“ und den Vorbereitungen zum Generalplan Ost gegeben hat, die ich in einer israelischen und einer westdeutschen Aufsatzsammlung aufgestellt habe.<sup>13</sup> Das erste Vorhaben wurde

---

<sup>13</sup> CZESLAW MADAJCZYK, Besteht ein Synchronismus zwischen dem „Generalplan Ost“ und der Endlösung der Judenfrage?, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, München 1989, S. 844-857; CZESLAW MADAJCZYK, Was Generalplan Ost Synchronous with the Final Solution?, in: The Shoah

fast vollständig im Genozid an den Juden realisiert. Das zweite Unterfangen, die polnischen Gebiete in einen deutschen „Lebensraum“ umzuwandeln, war im Kreis Zamosc zwar bereits eingeleitet worden, aber es war geplant, es erst zwanzig bis dreißig Jahre später, nach einem siegreichen Kriegsende, zu vollenden.

In den Jahren 1942 bis 1943 verschärfte sich der Konflikt darüber, wer die Richtung und das Tempo der Besatzungspolitik im GG bestimmen sollte. War es wichtiger wegen der Kämpfe an der Ostfront dafür zu sorgen, dass im GG Ruhe einkehrte und möglichst große Ordnung herrschte? Oder sollte man, unabhängig von den Außenbedingungen, damit beginnen in der Praxis zu erproben, wie diese Gebiete mit „Volksdeutschen“ und „Germanen“ aus unterschiedlichen Teilen Europas kolonialisiert werden könnten? Dieser Konflikt wurde zwischen Friedrich Wilhelm Krüger, dem Höheren SS- und Polizeiführer im GG, und Generalgouverneur Frank ausgetragen. Krüger handelte dabei auf Anweisung Himmlers, welcher versuchte, die Enthebung Franks von seinem Posten zu erwirken. Schließlich endete die Auseinandersetzung für den Generalgouverneur recht günstig. Jedoch geschah dies erst unter dem Einfluss der immer schlechter werdenden militärischen Lage Deutschlands und der immer zahlreicheren Anschläge im GG durch den polnischen Untergrund. Der Widerstand verstärkte sich, obwohl der Befehlshaber der Heimarmee, General Stefan Rowecki („Grot“), verhaftet und in das KZ Sachsenhausen eingewiesen, der Aufstand im Warschauer Ghetto niedergeschlagen und in Krakau der Anschlag auf den Höheren SS- und Polizeiführer im GG vereitelt worden war und obwohl die Bevölkerung im Kreis Zamosc mit den Vertreibungen schwer zu kämpfen hatte.

Daraufhin setzte sich Frank für die Flexibilisierung der Polenpolitik ein. Er konnte sich nun auf den führenden Propagandisten des Reiches, Reichsminister Joseph Goebbels, berufen, der nach der Niederlage bei Stalingrad den „totalen Krieg“ ausgerufen hatte. Die ersten Vorschläge einer Kursänderung gegenüber den Polen standen im Kontext seines Rundschreibens vom 15. Februar 1943. Darin verkündete Goebbels eine neue Einstellung der Deutschen gegenüber den eroberten Völkern. Mit der Politik der Vernichtung, des Raubes und der Diskriminierung sollte nun Schluss sein. Es wurde vorgeschlagen, die Besatzungspolitik abzumildern. Frank beschloss, dass das Rundschreiben sich ebenfalls auf das Generalgouvernement beziehe. Angesichts der wachsenden Widerstandsbewegung und der heftigen Reaktionen der Bevölkerung auf die Vertreibungen im Kreis Zamosc war er bereit, eine flexiblere Politik gegenüber den Polen einzuleiten und einige

Zugeständnisse im kulturellen Bereich zu machen. Erst auf Einspruch des HSSPF-Ost Krüger erklärte die Kanzlei der NSDAP, Goebbels Rundschreiben bezöge sich nicht auf das GG. In Berlin war man der Auffassung, dass bei der gegenwärtigen Frontlage eine Politik der Zugeständnisse von den Polen als Ausdruck der Schwäche Deutschlands empfunden werden müsse. Nichtsdestoweniger versuchte Frank zu manövrieren und schickte mehrere Schreiben an Hitler, in denen er die Auffassung vertrat, dass die Fortsetzung der Polenvertreibungen die Hauptursache für die Unruhen im GG sei. Sie behindere die Realisierung der Aufgaben, die in Verbindung mit der Kriegsführung im Osten stünden, wie die Gewährleistung der Transporte, die Intensivierung der Kriegsindustrie oder die Erntesammlung. Frank forderte nun eine genaue Abgrenzung seiner und Himmlers Kompetenzen, da das Wirken zweier, sich oft entgegen stehender Dispositionszentren das deutsche Ansehen schwäche. Er nutzte auch die Berichte über Massengräber der vom NKVD ermordeten polnischen Offiziere bei Katyn, die die Wehrmacht entdeckt hatte, propagandistisch aus. Eine von Berlin einberufene internationale Expertenkommission stellte fest, dass die Morde von Russen begangen worden waren. Das führte zum Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der polnischen Regierung von General Władysław Sikorski und Moskau. Der Fall Katyn, auch wenn er antisowjetische Stimmungen verstärkte, führte jedoch nicht dazu, dass die Polen begannen, mit den Deutschen zu kollaborieren.

Am 9. Mai 1943 sprach Frank mit Hitler über die Lage im GG. Letzterer ließ sich überzeugen, dass man dort nicht mit weiteren Aussiedlungen experimentieren sollte, da dieses Gebiet in immer stärkerem Maße zum Hinterland der Ostfront wurde. Letztendlich mussten der HSSPF-Ost Krüger und der Urheber der Aussiedlungen im Kreis Zamosc, der SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, Odilo Globocnik, das GG verlassen. Zur Wahrung des Gleichgewichts wurden auch einige Befürworter einer gemäßigteren Politik im GG versetzt, darunter der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Karl Eberhardt Schöngarth.

Die Mäßigung in der Polenpolitik wurde jedoch aufgrund des immer stärker werdenden Widerstands im GG letztendlich nicht eingeleitet. Auch gegenüber denjenigen Polen, die man für loyal hielt, eskalierte der Terror. Anfang Oktober 1943 gab Frank eine „Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im GG“ heraus. Wegen der kleinsten Missachtung der Anordnung drohte die Todesstrafe.<sup>14</sup> Ab Oktober 1943 bis Frühjahr 1944 wurden außer geheimen Exekutionen auch Sofort-

---

<sup>14</sup> Text der Verordnung v. 2.10.1943 abgedr. in: KAROL MARIA POSPIESZALSKI, Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce, Bd. II: Generalna Gubernia, Poznań 1958, S. 516 f. (Anm. d. Hg.).

erschießungen von Gefangenen an den Orten durchgeführt, an denen der Widerstand Anschläge verübt hatte. Der Herbst 1943 wurde zu einer Zeit vieler öffentlicher Hinrichtungen und blutiger Befriedungsaktionen von Dörfern, die man mit dem Prinzip der „kollektiven Verantwortung“ rechtefertigte. In Warschau wurden durch Straßenexekutionen mehr Menschen ermordet als im gesamten GG: Über 8.000 Personen wurden getötet. Vieles deutet darauf hin, dass sich die Besatzer von ihrem Vorgehen weniger eine Lähmung der Widerstandsbewegung erhofften als vielmehr günstige psychologische Auswirkungen wie die totale Einschüchterung der Zivilbevölkerung.

Hitler und Himmler hatten seit Beginn der Besatzung vorgehabt, Warschau zu einer rein deutschen Stadt mittlerer Größe herunterzustufen. Diese Absicht verstärkte sich, als die polnische Hauptstadt zum Zentrum des Widerstands wurde. Deshalb bestand General Rowecki („Grot“) vor seiner Verhaftung Mitte 1943 bei der Planung eines Aufstands kategorisch darauf, diesen nur dann zu beginnen, wenn der Erfolg absolut sicher sei. Er befürchtete sonst grausame Racheaktionen der Deutschen und schreckliche Konsequenzen für die Stadt.

Eine neue Methode der Besatzungspolitik im GG stellte die großangelegte antikommunistische Propagandaaktion „Berta“ im Jahr 1943 dar. Man versuchte in den von den NS-Behörden herausgegebenen Zeitungen, die den Stil der polnischen Untergrundpresse nachahmten, zu beweisen, dass es den Polen unter der deutschen Besatzung besser gehe als unter dem „bolschewistischen Joch“.<sup>15</sup>

Die östlichen Landesteile Polens, die sich seit September 1939 unter sowjetischer Besatzung befanden, wurden im Juni/Juli 1941 von den Deutschen erobert. Die Besatzung dauerte dort drei Jahre, und die besetzten Gebiete teilte man in zwei Reichskommissariate (RK) ein: Ukraine und Ostland. Nach dem siegreichen Kriegsende sollte sich der deutsche „Lebensraum“ bis dorthin erstrecken. Der Bezirk Bialystok fiel unter die Verwaltung von Erich Koch. Gleich nach dem Sieg über Polen erwirkte er, dass auch der Regierungsbezirk Zichenau seinem Verwaltungsgebiet angeschlossen wurde. Dort beabsichtigte er, überschüssige deutsche Landbevölkerung anzusiedeln.

Die Besatzungspolitik in den RK Ukraine und Ostland berücksichtigte die Interessen der polnischen Bevölkerung eher marginal, obwohl die Deutschen hin und wieder ihre Dienste in Anspruch nahmen. Auch dort

---

<sup>15</sup> Vgl. CZESŁAW MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Warszawa 1970, Bd. II, S. 173; TOMASZ GŁOWIŃSKI, *O nowy porządek europejski. Ewolucja hitlerowskiej propagandy politycznej wobec Polaków w Generalnym Gubernatorstwie 1939–1945*, Wrocław 2000, S. 49 f. (Anm. d. Hg.).

wurde als Erstes die Ausschaltung der polnischen Intelligenz durchgeführt: Sofort nach dem Einmarsch der Deutschen stellte der Mord an mehreren Lemberger Universitätsprofessoren eine Warnung an die polnische Gesellschaft dar. Unter den Erschossenen befand sich auch Kazimierz Bartel, der ehemalige polnische Premierminister. Danach folgte die Ermordung polnischer Intellektueller in der Umgebung von Lemberg und Stanislaw. Auch im Bezirk Bialystok fanden nach dem Einmarsch der Wehrmacht Vergeltungsaktionen statt, in deren Rahmen viele Intellektuelle erschossen wurden.

Im Jahr 1944 räumten die Nationalsozialisten nach zahlreichen Niederlagen panisch die östlichen Gebiete bis zur Weichsel. Das verkleinerte Generalgouvernement wurde nun zum Operationsgebiet der Ostfront. Die Zivilverwaltung behielt zwar ihre Machtbefugnisse, sie wurde jedoch dazu verpflichtet, alle Forderungen der Wehrmacht im Bereich der Sicherheit und der Bekämpfung des Widerstands umzusetzen. Die Verantwortung für den Partisanenkrieg teilten sich Himmler und die Wehrmachtsführung. Generalgouverneur Frank, als hiesiger Reichsverteidigungskommissar, plante, polnische Männer in die Baubataillone einzugliedern oder sie zur Zwangsarbeit ins Reich zu schicken. Die ukrainischen Männer wollte er für die Wehrmacht oder die Waffen-SS bzw. wie die Polen für die Zwangsarbeit im Reich rekrutieren. Im Chaos des Frühjahrs und des Sommers 1944 schafften es die Deutschen jedoch nur, sich selbst aus dem östlichen Teil des GG zu evakuieren.

Mitte August 1944, drei Wochen nachdem das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung aus Moskau in Lublin angekommen war<sup>16</sup> und zwei Wochen nach dem Ausbruch des Warschauer Aufstands, den die NS-Behörden nicht, wie sie hofften, im Keim ersticken konnten, schickte Frank ein Schreiben an den Chef des Reichssicherheitshauptamts. Er stellte dort zwei alternative Vorgehensweisen vor: eine weitere Eskalation des Terrors oder eine Mäßigung der Polenpolitik. Die Einschüchterungsmaßnahmen, die man seit Herbst 1943 betrieben hatte, schlugen anscheinend vollständig fehl, da der Aufstand in Warschau ausgebrochen war. Frank empfahl, mit einer demonstrativen Abschwächung der Terrormaßnahmen den polnischen Widerstand zu schwächen. Er hoffte die Stimmung in der Bevölkerung könnte beruhigt werden, wenn man irgendeine Form polnischer Selbstverwaltung unter deutscher Aufsicht bilden, einige Hochschulen eröffnen und

---

<sup>16</sup> Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*) bildete eine in Moskau künstlich geschaffene Keimzelle der künftigen kommunistischen Regierung in Polen und sollte als alternatives Machtzentrum Druck auf die rechtmäßige polnische Regierung in London ausüben. Mit Hilfe des Komitees hoffte Stalin, Zugeständnisse für seine Polenpolitik abpressen zu können (Anm. d. Hg.).

die Enteignungen polnischer Bauern einstellen würde. Berlin erklärte diese Überlegungen für unrealistisch und nicht wert, sich damit zu befassen. Die Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung hat sich in der letzten Phase der Besatzung nicht verändert. Wie konnte es anders sein, wenn Himmler den Warschauer Aufstand als notwendiges Übel erachtete, das man entsprechend ausnutzen sollte? In seiner Rede an die Kommandanten der Wehrbereiche und die Ausbildungsleiter am 21. September 1944 stellte er seine Ansichten dar, die er Hitler zu Beginn des Warschauer Aufstands bereits unterbreitet hatte:

„Mein Führer, der Zeitpunkt ist unsympathisch. Geschichtlich gesehen ist es ein Segen, daß die Polen das machen. Über die fünf, sechs Wochen kommen wir hinweg. Dann aber ist Warschau, die Hauptstadt, der Kopf, die Intelligenz dieses ehemaligen 16-, 17-Millionenvolkes der Polen ausgelöscht, dieses Volkes, das uns seit 700 Jahren den Osten blockiert und uns seit der ersten Schlacht bei Tannenberg immer wieder im Wege liegt. Dann wird das polnische Problem geschichtlich für unsere Kinder und für alle, die nach uns kommen, ja schon für uns, kein großes Problem mehr sein.“ Außerdem habe ich gleichzeitig den Befehl gegeben, daß Warschau restlos zerstört wird. Sie können nun denken, ich sei ein furchtbarer Barbar. Wenn Sie so wollen: ja, das bin ich, wenn es sein muß. Der Befehl lautete: Jeder Häuserblock ist niederzubrennen und zu sprengen, so daß sich in Warschau keine Etappe mehr festnisten kann.“<sup>17</sup>

Hitler teilte diese Ansicht. Unverzüglich wurden auf Befehl Himmlers Polen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrem Alter ermordet. Unter anderem verbrannte man sie bei lebendigem Leibe mit Flammenwerfern und bezeichnete dies als „Braten von Banditen“. Bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands taten sich besonders der SS untergeordnete Brigaden, die mit ausländischen Kollaborateuren aus dem Osten gebildet worden waren, sowie die berüchtigte Dirlewanger-Brigade, die aus Berufskriminellen bestand, hervor. Sie veranstalteten ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Nach der Kapitulation der Aufständischen vollendete man das Vernichtungswerk mit der Verbrennung und Sprengung der Stadt und der Vertreibung der Einwohner.

Man kann sich der Meinung von Franciszek Ryszka, eines bereits verstorbenen Faschismusforschers, anschließen, der Nationalsozialismus habe die Feindschaft gegenüber den Polen nicht doktrinär geschaffen wie

---

<sup>17</sup> Die Situation im besetzten Polen am Vortag und während des Warschauer Aufstandes, in: Der Warschauer Aufstand. 1. August – 2. Oktober 1944. Ursachen – Verlauf – Folgen, hg. v. Hauptkommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation, Institut des Nationalen Gedenkens und Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Warschau, Hannover 1996, S. 41 f. Norman Davies und Jan Ciechanowski berücksichtigen die zitierte Quelle nicht in ihren neusten Publikationen über den Warschauer Aufstand.

im Fall der Juden. Diese Feindschaft existierte bereits. Der Nationalsozialismus verlieh ihr nur neue Inhalte und verbreitete das Bild des barbarischen Polen als eines objektiven Feindes. Er wurde nicht nur in zivilisatorisch-kultureller, sondern auch in moralischer Hinsicht als „Untermensch“ behandelt. Ein solcher Feind musste kriert werden, um die Allmacht der Polizei im Generalgouvernement zu rechtfertigen.

Von denen, die über die allgemeinen Richtlinien der Besatzungspolitik in Polen entschieden, verantwortete sich nur einer vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg: Hans Frank. Einige wie z. B. Gauleiter Greiser oder Franks Stellvertreter Josef Bühler wurden an Polen ausgeliefert, wo sie verurteilt und hingerichtet wurden. Andere wollten lieber selbst über das eigene Schicksal entscheiden und begingen Selbstmord.